

EDITORIAL

Es bedarf keiner Prophetie, die Legislaturperiode unter Gesichtspunkten der sozialen Reformpolitik erst einmal abzuhaken. Die sozialpolitischen wie fiskalischen Folgen der Hartz-Gesetzgebung sind noch ebenso gegenwärtig wie die Qualen der Gesundheitsreform – deren Verwirklichung sich im real existierenden Gesundheitswesens über Jahre hinziehen wird. Und für die angekündigte Reform der Pflegeversicherung wird politisch eine präzise Terminierung sorgsam vermieden, erlebte sie doch die gleiche Grundsatzdebatte zwischen „Bürgerversicherung“ und „Prämienmodell“ wie die Gesundheitsreform selbst. Man täte im übrigen gut daran, diese Zweige der Sozialversicherung zusammenzuführen. Dies machte allein schon wegen der Schnittstellenproblematik finanz- und versorgungspolitisch Sinn. Somit aber dürfte der letzte Kraftakt der Koalition die „Rente mit 67“ gewesen sein, mithin die Einführung entsprechender Abschläge beim Regelfall des Renteneintritts vor diesem Alter. Von den Kürzungen werden erneut erst künftige Renten betroffen, während den Bestandsrenten allenfalls Nullrunden zugemutet werden. Zahlreiche Arbeitnehmer mussten dagegen auch nominell geringere Einkommen hinnehmen. Bei alledem beeindruckt der gewerkschaftliche Widerstand nicht.

Für weitere Reformen wird der Koalition die Zeit eng, und das politische Kalkül verbietet es, das Profil der Alternativen vor der nächsten Bundestagswahl weiter verblas sen zu lassen. Für sozialdemokratisch orientierte Wähler finden sich allein auf der linken Seite inzwischen zwei Alternativen und eine sozialdemokratisch gewandelte Union macht die Liberalen stark. Zudem nimmt die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland gut Fahrt auf. Inzwischen springt auch die Binnennachfrage an. Und somit wird der politischen Versuchung zu erliegen, die konjunkturellen Effekte als Erfolg der Reformpolitik umzudeuten, allzu verständlich.

Mit der anziehenden Konjunktur sprudeln nicht nur die Steuereinnahmen der Gebietskörperschaften, sondern auch die Beitrags einnahmen der Sozialversicherung kräftig. Weitere Beitragssatzerhöhungen, wie bei der Gesundheitsreform nicht ausgeschlossen, sollten vermeiden

werden können. Und auch die Rentenversicherung bekommt etwas Wasser unter Kiel. Darüber hinaus nehmen die beachtlichen Überschüsse der Bundesanstalt für Arbeit nur wegen ihrer Beitragssatzsenkungen ab. Kurzum: Insgesamt ein freundliches Bild.

Wenn dennoch darauf hinzuweisen ist, dass bei dieser Bilanzentwicklung die konjunkturellen Effekte weit überwiegen, sollte dies nicht als Nörgelei an der Politik abgetan werden. Im Gegenteil: Ein guter Teil des politischen Erbarmens der letzten Jahre ist auf das Handeln erst in der sich zusätzenden (Finanz-) Krise und auf eine Politik der leeren Schubladen in den Ministerien zurückzuführen. Von daher sollten sich alle über die konjunkturelle Entwicklung freuen: Die Wirtschaft wird bei zunehmend ausgelasteten Kapazitäten investieren und für Expansion sorgen. Gleichwohl kann sich die Gesundheits- und Sozialpolitik darin nicht sonnen und bis zur nächsten Krise ruhen: Und die nächste Krise kommt im Auf und Ab der Konjunktur so sicher wie das Amen in der Kirche.

Auf der Strecke bleiben könnte vor allem die Einführung von Mindestlöhnen. Während die Union für einzelne Branchen gesprächsbereit ist, wird gegen eine generelle Lösung schon einmal die Streichung der Erbschaftssteuer in die Debatte geworfen: konstruktiv ist anders.

Auf der Strecke bleiben könnte auch die Verbesserung der Betreuungsmöglichkeiten im Kleinkindalter. Die etwa von Frankreich vorgeführten Konzepte beeindrucken nicht nur in der Bevölkerungsbilanz, sie unterstützen vor allem die Familien, die Erwerbsbeteiligung von Frauen und erhalten somit Qualifikationen und Teilhabe. Das ist keine konservative oder sozialdemokratische, sondern eine moderne Familienpolitik mit hohem sozialpolitischen Stellenwert. Von daher wäre es von großem Übel, wenn hier rasche Fortschritte finanzpolitisch behindert würden, weil die überzeugend agierende Ministerin parteipolitisch gesehen werden kann. Öffentlich kapriziert hat sie sich parteipolitisch nicht, im Gegenteil, und umso mehr kann sie zu recht Unterstützung von allen Seiten erwarten.

Karl-Heinz Schönbach

